

11.02.2010

«Unser Imam war nur Mitläufer»



Nachdenklich: Rechtsanwalt Ünal Kaymakci, Sprecher der Hazrat-Fatima-Gemeinde, die derzeit in Hausen eine neue Moschee baut, fordert von Muslimen eine Demonstrationskultur, die sich an die hiesigen Gepflogenheiten anpasst.

Die Hazrat-Fatima-Gemeinde ist ins Gerede geraten. Der Vorsteher (Imam) Sabahattin Türkyilmaz soll an antisemitischen Demonstrationen in Berlin beteiligt gewesen sein. Seit 2008 ist Türkyilmaz Imam der Gemeinde, die in Hausen gerade ihre Moschee baut. FNP-Redakteur Thomas Remlein sprach mit Ünal Kaymakci, dem Sprecher der Gemeinde.

Ein Amateurvideo, das der hr veröffentlicht hat, zeigt Ihren Imam bei einer anti-israelischen Demonstration. Ein zweites zeigt ihn gar als Einpeitscher mit Megaphon. Wie vertragen sich solche Bilder mit dem Bemühen um die Darstellung eines friedlichen Islam?

KAYMAKCI: Die gezeigten Bilder wurden von der Redaktion des Magazins «defacto» manipulativ eingesetzt. Es handelt sich um eine Demonstration, an der unser Imam vor Beginn seiner Tätigkeit bei unserer Gemeinde im Jahre 2008 mitgelaufen ist, die sich gewendet hatte gegen den Libanonkrieg im August 2006. Dort sehen wir unseren Imam. Er ist besonnen und äußert keine antisemitischen Sprüche. Wir sehen aber auch Leute im Umfeld, die wegen der aufgeheizten Stimmung ausfallende Sprüche tätigen.

Aber Fakt ist, dass sich der Imam in einer Menge bewegt, die «Tod, Tod Israel ruft!»

KAYMAKCI: Ich habe mit unserem Imam darüber gesprochen. Davon distanziert er sich. Sie können sich in einer Demonstration nicht jeden Schuh anziehen. Sie müssen berücksichtigen, dass viele Libanesen demonstriert hatten, die selbst von dem völkerrechtswidrigen Angriff durch Israel betroffen waren. Dass die Menge keine Hochrufe auf Israel ausspricht, war zu erwarten, schwere Ausfälle Einzelner können aber nicht allen mitlaufenden Demonstrierenden angelastet werden, sondern nur den Organisatoren.

Nun sind ja Demonstrationen zur Situation in Palästina immer hochemotional. Muss man als besonnener Geistlicher bei jeder Demonstration mitlaufen?

KAYMAKCI: Nein. Es ist jedoch auch nicht von vorneherein absehbar, wie sich eine Demonstration entwickelt. Aber: Wenn es völkerrechtswidrige Angriffe gegen eine leidende Bevölkerung gibt, dann ist es auch geboten, dass Menschen in unserem Land sich solidarisch erklären. Ich weise aber auch zurück, dass unser Imam als Einpeitscher – wie es in der Sendung dargestellt wurde – fungierte.

Er wird mit Megaphon gezeigt.

KAYMAKCI: Ja. Aber da ist falsch übersetzt worden. Es ist nicht dargestellt worden, dass es sich dabei um Ausrufe im Zusammenhang mit schiitischen Trauer- und Klage-Ritualen handelt. Sondern es wurde fälschlicherweise die Verbindung zu einer politischen Partei im Libanon gezogen, was unser Imam ganz klar zurückweist.

Wollen Sie damit sagen, dass Muslime eine andere Demonstrationskultur haben als die westliche Gesellschaft?

KAYMAKCI: Das ist eine interessante Frage. In vielen islamischen Ländern gibt es eine andere Demonstrationskultur bis zu gar keiner. In vielen islamischen Länder werden Demonstrationen von autoritären Staaten unterbunden oder nur instrumentalisiert erlaubt. Aber wir haben als Muslime auch eine Demonstrationskultur in Deutschland zu entwickeln, die den hiesigen Formen entspricht und natürlich auch die Rechtsordnung in Deutschland einhält. Wenn man gegen etwas protestiert und demonstriert, muss man nicht gleich dessen Tod wünschen.

Natürlich hat in einem freien Land auch ihr Imam ein Demonstrationsrecht Aber halten Sie es für klug von ihm, da mitgemacht zu haben? Können Sie sich beispielsweise vorstellen, dass der ehemalige Stadtdekan Raban Tilman, den Sie ja auch kennen, bei einer Demonstration mitmarschiert, bei der die Leute rufen: «Tod, Tod, dem Iran!»?

KAYMAKCI: Leider gibt es regelmäßig im Nahen Osten kriegerische Auseinandersetzungen, insbesondere in Palästina. Und Sie müssen wissen, dass diese Frage für die Muslime wegen der Bedeutung Jerusalems als heiliger Stätte eine sensible Angelegenheit ist. Und weil die Besatzungspolitik seit Jahrzehnten anhält, ist dies ein neuralgischer Punkt. Aber noch einmal sage ich: dass wir als Muslime und muslimische Organisationen eine Demonstrationskultur zu entwickeln haben in unserem Land, die den hiesigen Gepflogenheiten entspricht. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als sei die Kritik gegenüber der Politik eines Staates – hier Israel – verbunden mit Aversionen gegen das Judentum. Da ist auch innerislamisch entschieden darauf hinzuweisen und noch einiges zu tun.

11.02.2010

Nach Fernsehbericht

Moschee weist Angriffe gegen Imam zurück



Die Frankfurter Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg verlangt eine "vollständige Widerlegung" der Vorwürfe gegen den Imam.

10. Februar 2010 Die Frankfurter Hazrat Fatima Zehra Moschee hat die vom Hessischen Rundfunk erhobenen schweren Vorwürfe gegen ihren Imam zurückgewiesen. Es handle sich um eine „Hetzkampagne“, erklärten der Generalsekretär des Moscheenvereins, Ünal Kaymakçı und der betroffene Imam, Scheich Sabahattin Türkyilmaz.

Das Magazin „defacto“ hatte am Sonntag im hr-Fernsehen berichtet, dass der schiitische Imam an einer anti-israelischen Demonstration teilgenommen und auf einer weiteren Demonstration als „Einpeitscher“ für die pro-iranische Hisbollah gewirkt habe. Generalsekretär Kaymakçı ist am „Runden Tisch“ der Landesregierung beteiligt, bei dem es um die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an den hessischen Schulen geht.

Imam lediglich „Mitläufer“

Der Moschee-Verein sprach von einer „Schmutzkampagne“ und „Hasssendung“. Bei den vom hr gezeigten Bildern einer Demonstration mit Türkiylmaz handle es sich nicht um eine Pro-Palästina-Demonstration (Al-Quds-Demonstration), sondern um eine kurzfristig anberaumte Demonstration gegen den israelischen Militärangriff auf den Libanon. Der Imam sei dabei auch nicht einer der führenden Akteure gewesen, sondern lediglich „Mitläufer“. Auch das zweite Video, das Türkiylmaz im Jahr 2001 als angeblichen „Einpeitscher“ für die Hisbollah zeige, sei manipulativ. Vielmehr habe es sich damals um schiitische Prozessionsrufe gehandelt.

Die in Gießen ansässige Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) warf dem hr-Magazin vor, seit Jahren eine „systematische Anfeindung und rassistische Hetzkampagne“ gegen islamische Organisationen zu führen. Ziel sei es, die Bemühungen in Hessen um einen islamischen Religionsunterricht zu torpedieren.

CDU-Abgeordneter Hans-Jürgen Irmer für „Islamkunde“

Dies beweise auch das Interview, das am Sonntag nach dem TV- Beitrag mit dem „rechtspopulistischen“ CDU-Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer geführt wurde. Irmer hatte dabei seine Skepsis gegenüber einem islamischen Religionsunterricht geäußert und sich für „Islamkunde“ an den Schulen ausgesprochen. Dabei sollten auch andere Religionen berücksichtigt werden.

Die Frankfurter Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne) verlangte eine „vollständige, klare und glaubhafte Widerlegung“ der Vorwürfe gegen den Imam. Dies sei eine Selbstverständlichkeit in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Wer in einer Gemeinde ein hohes Amt bekleide, dem komme eine besondere Verantwortung zu, der er gerecht werden müsse.

Freie Ausübung der Religion wichtiger Baustein der Integration

Der Verein der Fatima Zehra Moschee baut derzeit ein umstrittenes Haus im Frankfurter Stadtteil Hausen, für das im Sommer vergangenen Jahres der Grundstein gelegt wurde. Gegen das drei Millionen Euro teure Projekt hatte es erheblichen Widerstand aus der rechten Szene und auch aus dem Stadtteil gegeben. Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) hatte den rund 400 Gästen bei der Grundsteinlegung versichert, die freie Ausübung der Religion sei ein wichtiger Baustein der Integration.

Text: FAZ.NET mit lthe

Frankfurter Rundschau Online

(http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/2296887_Reaktion-auf-HR-Bericht-Imam-unter-Verdacht.html)

11.02.2010

Reaktion auf HR-Bericht

Imam unter Verdacht

Von Canan Topçu



[Sebahattin Türkyilmaz \(Bild: Andreas Arnold\)](#)



Die Vorwürfe, mit denen sich Sebahattin Türkyilmaz konfrontiert sieht, sind für ihn nicht neu. Es gab auch zu früheren Zeiten Presseberichte, die ihn aufgrund seiner Teilnahme an Demonstrationen gegen die israelische Politik in die Nähe der Hisbollah gerückt haben. Überrascht war der Imam der Hazrat-Fatima-Gemeinde am Sonntagabend trotzdem, als er über einen Anruf erfuhr, dass im HR-Fernsehen ein Beitrag über ihn gelaufen ist.

Die Sendung "defacto" zeigte einen knapp zwölf Minuten langen Bericht, in dem unter anderem Türkyilmaz als Teilnehmer einer Demonstration zu sehen ist. Es soll sich laut HR-Bericht um eine Al-Quds-Demonstration im August 2006 gehandelt haben. Türkyilmaz wundert sich darüber, dass die Journalisten, die diesen Beitrag vorbereiteten, es nicht einmal für nötig hielten, auch eine Stellungnahme von ihm einzuholen.

Mehrmals hat er sich im Internet den Beitrag angeschaut und versucht, die darin gemachten Aussagen mit seiner Sicht der Dinge in Einklang zu bringen. Doch das wolle ihm nicht gelingen, sagt der bärtige Mann. "Der Beitrag erweckt einen völlig falschen Eindruck, zumal Worte und Sätze aus dem Zusammenhang gerissen wiedergegeben werden", sagt der Imam, der seit Anfang 2009 der Hazrat-Fatima-Gemeinde vorsteht. Zuvor war er Imam in Berlin, wo am Al-Quds-Tag (letzter Freitag des islamischen Fastenmonats Ramadan) Demonstrationen stattfinden.

"Das ist doch Quatsch"

Der Al-Quds-Tag steht im Zusammenhang mit der Besetzung Ostjerusalems (Al Quds) durch Israel und geht auf einen Aufruf des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Chomeini aus dem Jahr 1979 zurück. In Berlin wird die Demonstration von einem Verein organisiert, der vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Als Protest gegen diese Kundgebung riefen Vertreter politischer Parteien und jüdischer Organisationen zu Gegendemonstrationen auf. Kritik der Gegner ist, dass auf den Al-Quds-Demonstrationen antisemitische und antiisraelische Hetze betrieben wird.

Dass er auf diesen Demonstrationen war, findet Türkyilmaz selbst nicht verwerflich. Es seien angemeldete Demonstrationen gewesen. Er habe nie ein Geheimnis aus seiner Teilnahme gemacht.

"Es sind Protestaktionen gegen die Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel." So will der schiitische Geistliche den Aufruf zu den Demonstrationen verstanden haben. Und mit diesem Protest kann er sich durchaus identifizieren. Mit Unverständnis reagiert er auf den in dem Fernseh-Beitrag gemachten Kommentar, dass er "nervös" reagiert habe, als er entdeckt habe, dass er gefilmt werde. "Das ist doch Quatsch", sagt er. Während er sich zu den in der HR-Sendung gemachten Vorwürfen äußert, wirkt der Imam der schiitischen Gemeinde recht entspannt.

Er habe überhaupt nichts zu verbergen, sagt er. Jeder, der ihn als Geistlichen erlebe und ihn kenne, wisse, dass er weder Antisemit noch Anhänger der Hisbollah sei. "Wie könnte ich als gläubiger Moslem, der weiß, dass Islam, Christentum und Judentum dieselben Wurzeln haben, gegen Juden wettern", erklärt er.

Ausbildung im Iran

Seine Ausbildung absolvierte der 43-Jährige im Iran. Acht Jahre lang – von 1982 bis 1990 – war er Schüler an der Theologischen Hochschule in Qum.

Natürlich könne daraus abgeleitet werden, dass er im Iran auf die eine oder andere Weise indoktriniert worden sei. Gegen Unterstellungen dieser Art fühlt sich Türkyilmaz gewappnet und sagt: Um schiitischer Imam werden zu können, habe er sich für eine Ausbildung im Irak oder Iran entscheiden müssen. Er sei ein Geistlicher, es sei um seine religiöse Ausbildung gegangen, um Politik habe er sich im Iran nicht gekümmert. Und das gelte auch für die Gegenwart. "Aus Politik halte ich mich heraus", sagt der Imam, der bis zur Pubertät eine Biografie hatte, wie sie viele Töchter und Söhne der aus der Türkei stammenden Migranten haben.

Die ersten sechs Jahre seiner Kindheit verbrachte er in einem Dorf bei Iğdir, einem Städtchen ganz im Osten der Türkei. Seine Eltern kamen Anfang der 1970er Jahre als Gastarbeiter nach Stuttgart. Sebahattin wuchs bei Verwandten in Istanbul und Izmir auf. Die Eltern holten ihn zu sich, als er 14 Jahre alt war und die Mittelschule absolviert hatte. "Ich habe die Schule in der Türkei mit Auszeichnung beendet, hier aber kam ich nicht zurecht", berichtet Türkyilmaz. Zwei Jahre lebte er bei seinen Eltern in Stuttgart, und erst in dieser Zeit nahm er bewusst wahr, dass er ein schiitischer Moslem ist. Seine religiöse Identität sei durch Mitglieder der Stuttgarter Moscheegemeinde gestärkt worden, und so habe er beschlossen, Imam zu werden.

In Deutschland lebt Türkyilmaz seit 1993. Er heiratete eine Frau aus Berlin, deren Eltern auch aus Iğdir stammen. Vier Kinder im Alter zwischen 11 und 18 Jahren hat er. Seine Familie lebt in Berlin, "wegen der Kinder, die dort zu Schule gehen". Seit einem Jahr pendelt der Imam von Frankfurt aus.

Frankfurter Rundschau Online

(http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/2297208_Moschee-Hausen-Generalsekretaer-sieht-Hetzkampagne.html)

11.02.2010

Moschee Hausen

Generalsekretär sieht "Hetzkampagne"

Von Canan Topçu

Am Tag danach wachsen die Zweifel. Hatte man dem Verein, der in Hausen die Moschee errichten will, zu viel Glauben geschenkt? Und: Sollten die Zweifel, die die Gegner des Bauwerks geäußert hatten, nicht doch berechtigt sein? Am Tag danach häufen sich die Fragen.

Für Ünal Kaymakçi steht allerdings fest, dass es sich um eine "Hetzkampagne" handelt, die das Landesmagazin des Hessischen Fernsehens gestartet habe. Die Anschuldigungen gegen Sebahattin Türkyilmaz, dem Imam der Hazrat-Fatima-Gemeinde, seien gezielt; sie richteten sich vor allem gegen ihn als Generalsekretär der schiitischen Gemeinde, sagt Kaymakçi. Offenkundig werde versucht, "das wichtige Projekt des Islamischen Religionsunterrichts der hessischen Landesregierung zu torpedieren". Innerhalb kurzer Zeit seien in der Sendung "defacto" Beiträge gezeigt worden, die Tatsachen und Fakten über ihn, den Generalsekretär, "bewusst und gezielt verdrehen", um so die Öffentlichkeit gezielt zu manipulieren.

In dem Beitrag, der am vergangenen Sonntag in der Sendung gezeigt worden ist, sagt Kaymakçi, seien Bilder von zwei verschiedenen Demonstrationen gebracht worden. "Die ersten Bilder vom August 2006 stellen nicht, wie fälschlich behauptet, Bilder einer Al-Quds-Demonstration zur Solidarität mit der leidenden Bevölkerung in Palästina dar." Der Beitrag enthalte falsche Aussagen. Vielmehr handele es sich um eine kurzfristig anberaumte Demonstration gegen den völkerrechtswidrigen Krieg Israels im Sommer 2006 gegen Libanon, "was auch durch die gezeigten Libanonfahnen deutlich wird".

Auch sei der Imam nicht, wie fälschlich im Beitrag dargestellt, einer der führenden Akteure, sondern Teilnehmer der Demonstration. An den "zurückzuweisenden Ausfällen einiger Demonstranten" habe er sich nicht beteiligt, betont der Generalsekretär. Es könne einem einfachen Teilnehmer an einer Demonstration nicht zur Last gelegt werden, wenn Mitdemonstranten bedenkliche Äußerungen tätigen. Zumindest ist Kaymakçi selbst von dieser Sicht der Dinge offenbar überzeugt.

In Berlin hatten Abgeordnete aller im Parlament vertretenen Parteien, Bundestagsabgeordnete von SPD, CDU, Linkspartei, Mitglieder der Jusos, antifaschistische Gruppen, Menschenrechtsgruppen, christliche Pfarrer und iranische Exilgruppen gegen die Al-Quds-Demo aufgerufen. Die Grünen hatten auch die muslimischen Verbände zur Teilnahme ermuntern wollen.

Streit wegen Moscheebaus

Die Hazrat-Fatima-Gemeinde, die aus Schiiten aus der Türkei und Pakistan besteht, muss sich immer wieder gegen Anfeindungen behaupten. Seit im Sommer vor drei Jahren bekannt geworden ist, dass die Gemeinde ein neues Zentrum am Fischsteinkreisel in Hausen errichten will, bemüht

sich Kaymakçı als Generalsekretär, darauf hinzuweisen, dass von dieser Gemeinde keine Gefahr ausgehe.

Als 2007 die Pläne der Gemeinde, die derzeit in einem Hinterhof in Griesheim zu Gottesdiensten zusammenkommt, öffentlich wurden, begannen Proteste. Die Gemeinde hatte ein Grundstück am Fischsteinkreisel gekauft, um dort ein repräsentatives Gebäude mit Gebetsstätte und Gemeindezentrum zu bauen. Der vorgeschobene Grund der Gegner: Es gebe zu viele Moscheen in Hausen. Unter den Gegnern befanden sich einige namhafte Frankfurter Politiker und auch Personen, deren Namen immer wieder im Zusammenhang mit der gängigen Islamkritik fallen. Es formierte sich eine Bürgerinitiative, es wurde gegen den Moscheebau in Hausen auf der Straße demonstriert, es wurden Flugblätter verteilt, es gab Ortsbeiratssitzungen, in denen laut gestritten wurde.

Nach der anfänglich emotional geführten Debatte um den Moscheebau kehrte Besonnenheit ein. Nicht zuletzt, weil sich die Oberbürgermeisterin und die Kirchen zu Wort meldeten und das Recht der Muslime auf würdige Gotteshäuser nicht in Frage gestellt wissen wollten. Im Sommer 2009 wurde der Grundstein am Fischsteinkreisel gelegt.